

SPD-Fraktion, Rathaus, 53773 Hennef

Bürgermeister Klaus Pipke Rathaus Frankfurter Str. 97 53773 Hennef

Hennef, den 17.2.2020

## Antrag/Anfrage: Planung der Ortsumgehung Uckerath

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

der Zeitung konnten die Bürger\*innen und auch die Ratsmitglieder entnehmen, dass Sie beabsichtigen, die weiteren Planungen für eine Ortsumgehung an der B8 in Uckerath seitens der Stadtverwaltung selbst in die Hand zu nehmen, da eine baldige Planung und Realisierung seitens der schwarz-gelben Landesregierung nicht zu erwarten ist (s. dazu die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion, Drucksache 17/7708). Wir sind sehr erstaunt, dass eine solch weitreichende Entscheidung im Vorfeld nicht mit den politisch zuständigen Gremien der Stadt abgestimmt wird.

Wir haben deshalb einige Fragen und bitten um die schriftliche Beantwortung zum zuständigen Ausschuss:

- 1. Welche Leistungen soll die Stadtverwaltung Ihrer Ansicht bzw. der in der Zeitung kommunizierten Absprache mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW nach konkret anstelle des Landes übernehmen? Wir bitten um eine genaue Auflistung.
- 2. Hat die Stadtverwaltung Erfahrungen mit vergleichbar umfangreichen Planungs- und Beteiligungsprozessen sowie ggfs. sich anschließenden gerichtlichen Auseinandersetzungen, die ansonsten der eigentlich zuständige Landesbetrieb Straßen.NRW mit seiner Expertise durchführt?
- 3. Wie sollen die Planungen genau und durch wen erfolgen? Gibt es im Rathaus ausreichende personelle Kapazitäten, um die umfangreichen Planungsaufgaben durchzuführen bzw. zu koordinieren und zu betreuen?
- 4. Welche bereits geplanten Aufgaben stehen für das Planungsamt in den nächsten Jahren zusätzlich zu den Planungen für die Ortsumgehung Uckerath an?
- 5. Wie wird sichergestellt, dass die Stadt Hennef nicht "für die Schublade" plant bzw. in Vorleistung tritt (vgl. etwa die Bahnunterführung an der Bröltalstraße), sondern eine Finanzierung der Maßnahme direkt im Anschluss an den Planungsprozess auch erfolgt?

- 6. Wie werden die Kosten zwischen dem Land und der Stadt aufgeteilt? Muss die Stadt in Vorleistung treten? Besteht die Gefahr, dass durch die Planungsarbeiten zusätzliche Kosten auf die Stadt Hennef zukommen, die nicht komplett gegenfinanziert werden?
- 7. Warum beschließt die Stadtverwaltung genau jetzt ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl die Planungen selbst durchzuführen? Hätte dies nicht seit Jahren und sogar schon im Rahmen vorangegangener Bundesverkehrswegepläne gemacht werden können?
- 8. Welchen Zeitplan hat die Stadtverwaltung für den anstehenden Planungs- und Beteiligungsprozess zur Ortsumgehung für Uckerath?
- 9. Bestehen Vorgaben des Bundes bzw. des Landes, die den Planungsprozess etwa hinsichtlich der letztlich entstehenden Kosten von vorneherein einschränken?
- 10. Gedenken Sie den Stadtrat noch an der Entscheidung zu beteiligen?

Zusätzlich zu den Fragen stellen wir folgenden Antrag mit der Bitte um Beratung und Beschlussfassung:

Sollte die Stadt Hennef die Planungsarbeiten für die Ortsumgehung Uckerath übernehmen, wird ein umfangreicher Beteiligungsprozess für die Bürgerinnen und Bürger vergleichbar dem vom Landesbetrieb durchgeführten Prozess zum Projekt "Rheinspange 553" durchgeführt, um die von den Planungen betroffenen Uckeratherinnen und Uckerather frühzeitig und ehrlich zu beteiligen. Dabei wird ein Bau der Ortsumgehung in sogenannter "Trog-/Tunnellage" zur Verringerung des Eingriffes ins Landschaftsbild und der Belastung mit Verkehrslärm geprüft.

## Begründung:

Nur ein transparentes, frühzeitiges und offenes Beteiligungsverfahren zur Erstellung einer Vorzugsvariante kann die Akzeptanz für Infrastrukturprojekte erhöhen und eine möglichst konsensfähige Lösung erarbeiten. Auch der Eingriff in den Naturraum sollte so gering wie möglich gestaltet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Spanier Fraktionsvorsitzender Mario Dahm stellv. Fraktionsvorsitzender Ralf Jung sachkundiger Bürger